

→ 10.8 Die Europafrage oder besser das Europaproblem {526} – {533}

10.8 Die Europafrage oder besser das Europaproblem

Exkurs zur Europafrage oder besser zum Europaproblem

{526} In der europäischen Entwicklung spiegeln sich die Grundzüge der formationellen Gesamtentwicklung und ihrer Widersprüche und haben zugleich eine eigentümliche historische Gestalt angenommen.¹ Dabei zeigt sich besonders deutlich, wohin die Reise geht, wenn die Dinge weiter in die gegenwärtig noch bestimmende Richtung treiben: Die Konstruktion der Europäischen Union ist vor allem der Versuch, einen ökonomisch-politischen {527} Block im multipolaren Weltsystem zu bilden, welcher die Behauptung und Stellung der beteiligten und involvierten kapitalwirtschaftlichen Mächte und Wirtschaftsgesellschaften verbessern soll. Diese müssen dazu, im Zusammenspiel mit demokratisch unkontrollierbaren Institutionen wie im Gespann der „Troika“ vertreten, entsprechend den Formen und Imperativen der entfremdeten Weltökonomie umgemodelt und ausgerichtet werden. So wird die in den sozialkapitalistischen Formierungen noch vorhandene Substanz demokratischer und souveräner Gesellschaftlichkeit unterminiert. Es werden vorhandene subsidiäre, kommunale und partizipative Strukturen aushöhlt, sozialstaatliche Verhältnisse marktradikal zurückgedrängt und so oder so vorhandene gesellschaftliche und sozioökonomische Emanzipationspotentiale geschwächt oder zerstört.²

Die Wurzeln der Entwicklung liegen mehr als ein halbes Jahrhundert zurück: In der geopolitisch extremen Nachkriegssituation wurde in Westeuropa, im atlantischen Hegemoniebereich der Vereinigten Staaten, das kontinentalräumliche, vermeintliche Friedens- und Fortschrittsprojekt der Europäischen Union (EU) in militärisch flankierter Frontstellung gegen den Sowjetblock und wesentlich auch aufgrund weltökonomischer Interessen der USA initialisiert. Die ausgelöste Entwicklungsdynamik führte im stufenweisen Aufbau über Wirtschaftsverträge und die Ausweitung des Binnenmarkts, die Gründung der Europäischen Union (EU) 1992 bis zur deren definitiver Instituierung durch den nicht unumstrittenen Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat. Dieser Grundlagenvertrag signalisierte zugleich den Übergang von einer noch eher keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsphase in die jetzige, neoliberale Formierung: „Die Transformation der Europäischen Union in ein Vehikel der Liberalisierung hat nicht erst 2008 begonnen“ (Streeck 2013a: 147, 151). Es handelt sich nunmehr um das Projekt einer Staatengemeinschaft im Zusammenhang der neoliberalen Radikalisierung der Verhältnisse und finanzkapitalistischen Aufblähung des kapitalistischen Weltsystems. So hat die im 21. Jahrhundert aufgebrochene und weiter gärende Wirtschafts- und Finanz-, Fiskal- und Sozialkrise auch im föderal zusammengestückten Block Europa ein starkes Bewegungszentrum.

Die Bedeutung der in Gang gebrachten Entwicklung besteht nicht nur darin, dass sich die europäischen Wirtschaftsgesellschaften als EU organisieren, {528} um sich kollaborativ zu

¹ Das Thema „Europa“ wurde in anderem Zusammenhang, im Zweiten Hauptteil, in einem Exkurs „Entwicklungen in Europa, die Linke und die Nation“ (S. 395-398) bereits angegangen. Jetzt geht es um die Europäische Union im Kontext des kapitalistischen Weltsystems. Eine ganze Reihe kritischer Stimmen zur europäischen Entwicklung finden sich auf der Webseite der Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft unter https://www.praxisphilosophie.de/europaeische_entwicklung_511.htm

² Eine der schärfsten Untersuchungen dazu ist der Abschnitt „Die Politik des Konsolidierungsstaates: Neoliberalismus in Europa“ (Streeck 2013: 141-223). Im Folgenden wird mehrmals auf diese ausführlichere Studie verwiesen. In jüngerer Zeit erschienener Beitrag: Ein europäisches Imperium im Zerfall. https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Europa/Dokumente/Streeck_EU-Imperium.pdf

modernisieren, einigen Nachzüglern Anschluss zu bieten und im Weltzusammenhang zu positionieren. Es gibt auch einen objektiv-realen Hintersinn: In den Kernländern Europas hatte sich das Transformationspotential des demokratischen oder Sozialkapitalismus, äußerlich keynesianisch verkleidet, am stärksten ausgebildet. Diese geschichtlich und im Weltmaßstab relativ ausgeprägte, positive Latenz – die sich in Hoffnungen auf die Verwirklichung oder Bemühungen zur Verteidigung des „europäischen Sozialstaats“ (Bourdieu 1998) artikuliert und in bestimmter Hinsicht im „skandinavischen Modell“ (Heintze 2013) manifestierte, sich auch in immer noch vorhandenen intellektuellen, sozialen und politischen Potentialen links der ausgezehrten Sozialdemokratie artikuliert – wird nun fundamental konterkariert durch die neoliberalen Zurichtungen, Zumutungen und weiter treibenden, finalisierenden Tendenzen des zugrunde liegenden politisch-ökonomischen Systems. Auch die entsprechende, innere Dissoziation zwischen Zentralstaaten, an der Spitze Deutschland, und peripheren Regionen widerspricht der Sehnsucht der europäischen Völker nach einer ausgeglichenen, sozial gerechten und demokratischen, auch im weiteren Umkreis nachbarschaftlichen und friedlichen Ordnung der Dinge. Im praktisch kollaborativen Verhältnis zwischen EU und dem Militärbündnis NATO entwickelt sich gerade das Gegenteil: Die Aufrüstung wird forciert³ und die Spaltung Europas nimmt in der Verschiebung der Front nach Osten, gegen Russland, eine neue Gestalt an. Gleichzeitig soll die atlantische Westbindung an den alten, geschwächten Hegemon und Kaiser der Weltspionage, sollen die in diesem Raum situieren Kapitalmächte und deren Stellung in der Weltkonkurrenz durch Initiativen wie das TTIP neu belebt werden. So sucht sich ein brutaler, neoliberaler Big-Brother-Ökonomismus durchzusetzen und erwachsen neue Gefahren für den Frieden⁴ in Europa und in der Welt. Unvermeidlich verdüstert sich derweil das überbelichtete Wunschbild Vereinigter Staaten von Europa. Die selbst getriebenen und mitreibenden Eliten, jeweils herrschenden Parteien und Regierungen verlieren [529] im Bühnennebel immer neuer Selbsttäuschungen und unerfüllbarer Fortschritts- und Wachstumsversprechungen beim Volk an Kredit.

Die organisatorische, verfassungsähnlich kodifizierte Konstitution der Europäischen Union⁵ ist darauf ausgerichtet, die umrissene pseudo-progressive Praxis durchzusetzen und jeden Widerstand aus theoretischer und praktischer Vernunft auszuschalten. Es handelt sich um ein „internationales Mehrebenenregime“ mit einer starken, selbsttätigen EU-Kommission und ihrer Bürokratie an der Spitze. Dieser assistiert eine politisch unabhängige, außer gesellschaftlicher Kontrolle und in einer Grauzone der Legalität operierende Zentralbank (EZB) und deren Bankenaufsicht bei der Durchsetzung oder Absicherung des liberalistischen, finanzkapitalistischen Grundkurses. Darüber hinaus kommt die Troika, ein haushalts- und finanzpolitisches Kommandounternehmen von EZB, IWF und EU-Kommission zum Einsatz. Im Verhältnis dazu weist das „Europäische Parlament“, eine Delegiertenkammer der Bürger Europas, eine nur „geringe Kompetenzausstattung“ auf (Streck 2013a: 149). Man könnte auch zuspitzen: Es ist eine Windmaschine, die gegen den Jetstream der neoliberalen Agenda mit ihren Agenturen, komplexen Regelwerken und einschränkenden Maßnahmen zur „Flexibilisierung“ der Arbeits- und Gütermärkte, im Sinne der Kapitalwirtschafts- und Kapitalverkehrsfreiheiten nicht ankommt und das mehrheitlich wohl auch gar nicht wünschte.

Die Konstruktion ist darauf angelegt, dass die Wirtschaftspolitik und das Haushaltsgebaren der Mitgliedstaaten zunehmend von den supranationalen Institutionen – aufgrund fragwürdiger makroökonomischer Modellvorstellungen und finanzkapitalistischer Interessen, die sich in eine

³ "In diesem Bereich haben wir in den letzten zehn Monaten mehr erreicht als in den letzten zehn Jahren", so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini im Vorwort zum „EU Global Strategie Year 1 report“, Juni 2017.

⁴ "The forces in the United States and in western Europe who are seeking to avoid military folly risk being overtaken by what can only be called a war party. NATO and what it symbolizes today represents a severe danger because it represents the claim of western countries to interfere everywhere in the name of western interpretations of geopolitical realities. This can only lead to further, highly dangerous, conflict. Renouncing NATO as a structure would be a first step towards sanity and the world's survival." (Wallerstein Commentary "NATO: Danger to World Peace", Nr. 389, November 15, 2014).

⁵ Der Unionsvertrag von Maastricht (1992) gab der Verwirklichung des angestrebten Binnenmarkts auf allen Feldern, danach auch der Osterweiterung der EU Auftrieb, und festigte die Zentralfunktion der supranationalen Brüsseler Bürokratie. Der Vertrag von Lissabon (2009) schrieb mit der jetzigen Konstitution der EU eine neoliberale Wirtschaftsverfassung fest. Die Realisierung der Eurozone (1999) korrespondiert mit dem „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ und nachfolgenden, opportunen Maßnahmenbündeln dieser Art, darunter der „Fiskalpakt“ (2012), mit denen auch eine Antwort auf die Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gesucht wird.

Politik der „Austerität“ verwandeln – beeinflusst und gesteuert wird, „die sich außerhalb der Reichweite massendemokratischer Willensbildung“ befinden. Die angestrebte „Better Economic Governance in the Euro Area“ läuft darauf hinaus, die nationale Souveränität zu unterlaufen oder zum Verzicht zu drängen und die sozialstaatliche Konstitution auszuhöhlen. Die gewählten Regierungen, die sich widersprechenden Anforderungen von unten und oben ausgesetzt sehen, werden dabei möglichst überspielt und können [530] durch die zentralen Institutionen im Falle der Renitenz unter Druck gesetzt, reglementiert und erpresst werden, wie das am Beispiel Griechenlands exerziert wurde.⁶

Einen besonderen Schub hat diese Entwicklung durch die Europäische Währungsunion (EWU) und im Zusammenhang der Regelwerke und Maßnahmen des Stabilitäts- und Wachstums- sowie des Fiskalpakts und einer Bankenunion erhalten. Indem die zentralen „Institutionen“, ein neoliberalistisches Management der Eurozone und der Eurokrise, vermehrt kontrollieren, begutachten, auch sanktionieren, werden die nationalen Regierungen zum weitergehenden Umbau ihrer Ordnungen gedrängt und wird der Druck auf die nationale Wirtschafts-, Haushalts-, Fiskal- und Sozialpolitik verstärkt (Streeck 2013a: 153 f.). Die ökonomisch schwächeren Staaten trifft besonders, dass ihnen die Währungshoheit und damit das Recht auf Auf- oder Abwertung genommen ist. Das bewirkt schließlich die faktische „Entdemokratisierung des europäischen Kapitalismus“ oder die zunehmende „Suspendierung der parlamentarischen Demokratie“, die Verwandlung des Sozialstaates in einen „Konsolidierungsstaat“ (Streeck 2013a: 104 f., 147, 159 ff., 163) im Zusammenhang eines übergreifenden „Austeritätsregimes“⁷. Konsequenzen dieser Entwicklung wurden besonders in der Stunde der „Finanz- und Fiskalkrise“ offenbar, als die Lasten den Bürgern und den öffentlichen Händen aufgebürdet wurden, um das Bank- und Finanzsystem zu retten. Oder es wird, wie besonders im Falle Griechenlands, die Anpassung und Unterwerfung der schwächeren Länder innerhalb der asymmetrischen Struktur des Wirtschaftsraums gefordert, ohne dass etwa auch die Zentral- und Vorzugsstellung Deutschlands oder spezielle Vorteilsnahmen anderer Länder aufgehoben werden.

[531] Aus der sozioökonomischen Reproduktionsanalyse ergab sich die grundsätzliche Einsicht, dass die Staatsverschuldung unter kapitalwirtschaftlicher Oberhoheit nicht vermieden werden kann, wenn der Staat die elementaren „sozialwirtschaftlichen“ Aufgaben des Gemeinwesens erfüllen will. Die jetzt forcierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte möglichst bis auf die „schwarze Null“ führt daher nicht nur zur Ausdünnung und zum Kompetenzverlust der öffentlichen Verwaltung, zu Ausgabenkürzungen und einem Rückgang öffentlicher Investitionen, sondern im gleichen Atemzug zu einem Schub weiterer Privatisierung⁸ des Öffentlichen, der tragenden sozial-infrastrukturellen Grundlagen und der gesellschaftlichen Zukunft (Streeck 2013a: 170), sowie zur Festigung finanzkapitalistischer Oberhoheit über den Staat und das gesellschaftliche Leben: Ein Identitäts- und Machtverlust der zentralen gesellschaftlichen Institutionalität, die dazu noch als unausweichliche „Reformpolitik“ dargestellt wird. Tatsächlich treibt die vorherrschende Tendenz weiter zur Verfallsgestalt einer markt- und machtgesteuerten „Postdemokratie“ (Crouch 2008) auf Augenhöhe mit autoritären, oligarchischen und expertokratischen Systemen in aller Welt.

Nach der Durchsetzung einer kalkulierten Entwicklung der EU als „Liberalisierungsmaschine des europäischen Kapitalismus“ und besonders in Folge des „frivolen Experiments“ des

⁶ „Wer wissen will, was die Agenda dieser Strukturanpassung ausmacht, der sollte lesen, was der griechische Ministerpräsident jüngst in Brüssel abzunicken hatte: die Öffnung der Märkte und die Preisgabe öffentlichen Eigentums, die Senkung der Sozialleistungen und die Privatisierung der Infrastruktur – garniert mit der Entmündigung der nationalen Regierung und der Destabilisierung der Demokratie.“ So Stephan Lessenich in der SZ/Feuilleton am 27.7.2015.

⁷ Wenn die Kapitalakkumulation stockt, die Staatsverschuldung problematisch wird und der Export keine Ausflucht gestattet, bietet sich als kapitalwirtschaftliche ultima ratio ein „Gesundsparen“ oder eine „interne Abwertung“ an, was fälschlich Wachstum verspricht. Dazu passt der Titel: „Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik“ (Blyth 2015). Der französische Ökonom Philippe Askenazy spitzte die Kontroverse zu: „Austerität ist Selbstmord“.

⁸ Der von einer Expertenkommission im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers vorgeschlagene „Bürgerfonds als Sammelstelle zur Finanzierung von Infrastruktur-Projekten“, das heißt von sozialwirtschaftlichen Diensten, die der verschuldete Steuerstaat als marode sozialökonomische Struktur oder „riesiger Investitionsstau“ liegen lassen musste, zeigt das ganze Ausmaß der kapitalökonomischen und politischen Irratio (SZ/Titel am 14. April 2015).

Eurowährungsraums als Zwingfessel für eine „heterogene, multinationale Gesellschaft“ (Streeck 2013a: 147, 151, 240) droht nun ein weiterer großer Schlag gegen das noch halbwegs tragende Skelett demokratischer und sozialstaatlicher Gesellschaftlichkeit:

Die seit Verhandlungsbeginn 2013 ausgeklügelte „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ zwischen der EU und den USA hält sich nicht im üblichen Rahmen. Das Vertragswerk ist in dieser Art aufschlussreich für die Tendenz auch anderer Handels- und Welthandelsabkommen wie CETA mit Kanada oder auch TISA zwischen 50 am Welthandel beteiligten Ländern: TTIP öffnet die Märkte in erster Linie für Konzerne und Investoren. Es zielt wesentlich auf industrie- und kapitalwirtschaftliche Standardisierungen, {532} die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und den weiteren Ausbau der Position der Kapitalmächte gegenüber den Staaten und demokratischen Institutionen. Das Abkommen sieht zugleich Gremien wie den „Rat für regulatorische Kooperation“, Sondergerichte und Regularien jenseits der Verfassungs- und Rechtsnormen der betroffenen Gesellschaften vor, errichtet Sperren gegen mögliche kapitalwidrige Regulierungen und macht nachträgliche Vertragsänderungen fast unmöglich. Das Regelwerk eröffnet Wege für außerparlamentarische politische Einflussnahme, droht mit enormen Sanktionsmechanismen, Entschädigungsforderungen und zielt insgesamt auf die Angleichung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse in der EU und der USA⁹. Das wäre, im Tausch gegen haltlose Wachstumsversprechen, die Installierung der neoliberalen Suprematie auf der Ebene einer ganzen weltkapitalistischen Zone: In der Tat eine ungeheure Regression, ein „Staatsstreich auf Zeitlupe“ (Wallach 2013).

Der Exkurs zur Europafrage zeigt auf, wohin die seit den 80ern intensivierte neoliberale Konterrevolution führt, wenn nicht „die Bürger, die Medien und auch einige Politiker endlich aufwachen und die klammheimlichen Versuche, die Demokratie zu untergraben, zum Scheitern bringen“ (Wallach 2013) und wenn nicht im Weiteren eine alternative Entwicklungsrichtung und letztlich tragfähige Alternative ins Spiel gebracht wird. Diese Option wird dadurch gestützt, dass die Grundkrise des finalisierenden Systems mit allen damit verbundenen Drangsalen breiter Teile der Bevölkerung und ganzer Völkerschaften anhält. Auch arbeiten zahlreiche, besondere Widersprüche im Praxis- und Prozessgefüge der europäischen Entwicklung unter und über der Oberfläche weiter und lassen vermuten, dass das Ganze so prekär wie einsturzgefährdet bleibt. So kann man mit guten Gründen vermuten, dass unvorhersehbare Revisionen des Gefüges wie überraschende geschichtliche Öffnungen immer möglich sind.

In eine mögliche andere Richtung orientiert das Modell¹⁰ eines europäischen multinationalen Verbunds auf die „Sicherung nationalstaatlicher Demokratie {533} und demokratischer Entwicklungsmöglichkeiten durch nationale Souveränität“, verbunden mit dem Ruf an die Wissenschaft, entsprechende fiskalische, ordnungs- und währungspolitische Lösungen zu entwickeln – was „des Schweißes der edelsten Ökonomen wert wäre.“ (Streeck 2013a: 253). Das ist eine sozioökonomische und realdemokratische Richtungsanzeige und natürlich das direkte Gegenteil zu den Ideen von Habermas. Dieser spricht vom „Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung“ und meint, der „offensive Ausbau der Währungsgemeinschaft zu einer supranationalen Demokratie“ könne „bei entsprechenden Mehrheiten die institutionelle Plattform für eine Umkehrung des neoliberalen Trends bieten“ (Habermas 2013). Habermas erweist sich so nicht nur als Protagonist einer „kosmopolitischen“ (Mouffe 2007: 108-115), sondern in diesem Geiste zugleich euphorischen Illusion.

Dem hier entwickelten, praxisontologisch sowie wirtschafts- und sozialgeschichtlich fundierten Grundverständnis von „Gesellschaft“ und deren nationaler Konstitution entspreche eine anders konzentrierte Gemeinschaftlichkeit oder Nachbarschaftlichkeit europäischer Staaten, als die mehr schlecht als recht bestehende.¹¹ In Anknüpfung an Polanyis Gedanken „Die Transformation schreitet

⁹ Eine Analyse zu der drohenden „großen Unterwerfung“ fand sich bereits im frühen Stadium der Verhandlungen in der „Le Monde diplomatique“ (Wallach 2013). Eine entschiedene neuere Stellungnahme ist „Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – uns allen aber schadet“ (Bode 2015). Attac nannte den vorgesehenen Regulationsrat ein „kapitalistisches Politbüro“.

¹⁰ Streeck verteidigt sein Konzept auch gegen eine „integrationistisch gesinnte intellektuelle Linke“ und wendet sich speziell gegen Habermas' europolitische Illusionen. Beide fördern ungewollt den „abschüssigen Weg in den demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ (vgl. Streeck 2013: 213, 250 ff.).

¹¹ In diesem Sinne wird gegen eine „Linke Sakralisierung von Euro und EU“ argumentiert: „Nein, die politische Union ist heute kein emanzipatorisches Projekt mehr. Was nach dem Krieg wenigstens für Westeuropa immerhin

fort“ (Polanyi 1997: 295 ff.) wäre jetzt zu sagen: Die noch vorherrschende, reaktionäre Transformistik kann und muss durch die Entfaltung vorhandener, positiver Potentialitäten und Latenzen und somit auch auf dem Wege einer „effektive(n) demokratische(n) Praxis“ (Mouffe 2007: 10) konterkariert werden. Die sich in Umrissen abzeichnende Konzeption einer *realdemokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf Basis sozioökonomischer Regulation und Praxis* bietet dazu wesentliche positive Anhaltspunkte.¹²

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt 2015. Aktualisierter Teilauszug *Die Europafrage oder besser das Europaproblem*, S. 526-533 im Abschnitt 10.7 *Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im Weltsystem*, jetzt als eigener Abschnitt 10.8. Stand: 20.05.2019

Kontakt zum Autor: dr.horst.mueller@t-online.de **Webseite:** <https://www.praxisphilosophie.de>
Weitere Informationen zur Publikation:
https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm

eine friedensstiftende Dimension enthielt, hat heute sei progressives Potential erschöpft“. Es wäre ein „dritter Weg zwischen Eurofetischismus und nationalstaatlichen Lösungen“ zu suchen und zu finden (Wahl 2015).

¹² Diese Konzeption wird im *Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert* unter dem Titel „Politik und Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation im Abschnitt 10. (S. 499-536) dargestellt. Das wert-, reproduktions- und transformationstheoretisch elaborierte Kernkonzept der Systemalternative enthält der Beitrag „Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative“ (2019). Es geht um die nötige Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation.
http://www.praxisphilosophie.de/kapitalwirtschaft_oder_soziooekonomie_als_systemalternative.pdf